

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 10 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 19.10.2011

Planung

S. 4, 7

NRW ist ein Transitland. Die Mobilität von Menschen, der Transport von Gütern innerhalb von und durch NRW hindurch muss gesichert bleiben. Verkehrsplanung: ein Thema für den Landtag.

Unterstützung

S. 6

Acht Kommunen in NRW geht es finanziell gut. Vielen anderen nicht, einige sind sogar überschuldet. Alle Fraktionen wollen helfen. Unterschiede gibt es hinsichtlich Umfang und Art der Unterstützung.

Streichung

S. 9-11

Im Zuge der Streichung der Beiträge fürs letzte Kindergartenjahr haben einige Kommunen die Gebührenbefreiung für Geschwisterkinder aufgehoben. Dies hatte nun ein parlamentarisches Nachspiel.

Prüfung

S. 13

Große Koalition in Sachen Schulstruktur: Das gemeinsam von CDU, SPD und Grünen entwickelte Konzept haben Fachleute nun auf Herz und Nieren geprüft. Dabei gab es gute Noten, aber auch Kritik.



Was Hänschen lernt Kinderbildung und ihre Finanzierung

Ein Thema mit Zukunft

Kinder sind Zukunft. Bildung garantiert Zukunft. Folglich kann man nicht früh genug damit anfangen, Kindern die ihren Fähigkeiten entsprechende Bildung zukommen zu lassen. Spielerisch lernen, ausprobieren und experimentieren: Kinder, so die Forschung, wollen lernen, sind von sich aus neugierig und wissbegierig. Nie wieder lernen Menschen so viel und mit so großem Spaß wie in den ersten Lebensjahren, so das deutsche Kinderhilfswerk. Bekanntestes Beispiel ist die Aufnahmefähigkeit für fremde Sprachen. Wie der Volksmund sagt: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Oder positiv: Was Hänschen lernt, kann Hans.

KINDER UND KOMPETENZEN

In einer globalisierten Welt wird aus dem Spiel durchaus Ernst. Adäquate, frühzeitig begonnene Bildung entscheidet mit über Lebensperspektiven. Sie ist ein Baustein dafür, an unserem vernetzten Gemeinwesen aktiv teilzuhaben. Bildung bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur den Erwerb von Wissen und technischen Fähigkeiten, sondern auch Verinnerlichung von Werten und dem, was man braucht, um sich in der modernen Welt zurechtzufinden. Kompetenz wird heute aufgespalten zum Beispiel in fachliche, soziale, kommunikative,

methodische, interkulturelle, emotionale und personale Kompetenz. Das alles will und muss gelernt sein. Denn das Beherrschen dieser Fähigkeiten ermöglicht bzw. erleichtert das Mithalten mit technischem Fortschritt, aber auch die soziale Integration in die Gesellschaft. Also kann man nicht früh genug damit anfangen.

Das Ziel, Kindern bestmögliche Bildungschancen zu geben, eint die politischen Fraktionen im Düsseldorfer Landtag, auch wenn sie in der konkreten Ausgestaltung oft unterschiedliche Ansätze verfolgen. Im Jahr 2007 verabschiedete die damalige schwarz-gelbe Mehrheit das Kinderbildungsgesetz, kurz KiBiz. Hiermit sollten die Förderung und Bildung von Kindern in Tageseinrichtungen ebenso gefördert werden wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da die konkrete Ausgestaltung der Förderung umstritten ist, beschloss die neue rot-grüne Landesregierung im Juni 2011 das sogenannte Erste KiBiz-Änderungsgesetz. Dieses soll über die Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr einen Einstieg in die völlige Gebührenbefreiung bringen. Über die Folgen dieses Beschlusses diskutierte der Landtag Ende September (S.9). Grundsätzliche Positionen im Hinblick auf die Verantwortung von Land und Kommunen, die finanzielle Ausgestaltung sowie die Qualität der Betreuung werden im Schwerpunkt dieser Ausgabe deutlich. Kinderbildung – ein Zukunftsthema auch und gerade für den Landtag. CW



Schwerpunkt: Kinderbildung

Stadt, Land, Kind	9
Schlag auf Schlag	10-11

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Finanzen: Streit um Steuerabkommen	3
Verkehr I: In der Spur	4
Bildung I: Wer soll's bezahlen?	5
Kommunen: Umstrittene Hilfen	6
Verkehr II: Wie bleibt NRW mobil?	7
Innenpolitik: Nach dem Steinwurf	8

Aus den Ausschüssen:

Bildung II: Viel Lob, aber auch viele Fragen	13
Umweltwirtschaft: Wertvoller Abfall	14
Gesetzgebung	12
NRW-Tag: Freiheit, Einheit, Freude	15
Aus den Fraktionen	16-17
Buchvorstellung	18
Portrait: Sigrid Beer (Grüne)	19
Impressum	19
Termine	20

Streit um Steuerabkommen

Ablasshandel oder pragmatische Lösung?

28. September 2011 – Gut eine Woche nach der Unterzeichnung des Steuerabkommens mit der Schweiz durch den Bund hat sich der Düsseldorfer Landtag mit dessen Inhalten beschäftigt. Kritik gab es aus den Reihen von SPD, Grünen und Linken. Landesfinanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans forderte zügiges Nachverhandeln. Das Abkommen liegt dem Bundesrat zur Beratung vor.

Die SPD werde alles dafür tun, das Abkommen in der vorliegenden Form zu verhindern, betonte Hans-Willi Körfges (SPD). Nicht nur, dass rund 80 Prozent des von Deutschen in der Schweiz angelegten Privatvermögens nicht versteuert würden. „Das ist für sich gesehen schon ein Skandal“, so Körfges. Mit dem nun unterzeichneten Abkommen kämen Steuerbetrüger auch noch straffrei davon. „Ein billiger Ablasshandel“, kritisierte der Politiker. Ein solches Vorgehen könne das Vertrauen in die deutsche Rechtsstaatlichkeit erschüttern. Die USA hätten dies besser gelöst: Unter Wahrung ihrer staatlichen Autorität würden ihnen die sie betreffenden Steuerdaten eins zu eins übermittelt.

Auch Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) bewertete das vereinbarte Abkommen als fragwürdig: „Das können wir doch nicht unterstützen!“ Der Vertrag müsse unbedingt über den Bundesrat verhindert werden. Diejenigen, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet hätten, würden zukünftig die Durchführung des Abkommens kontrollieren, lautete einer seiner Kritikpunkte. Zudem gebe sich der Bundesfinanzminister auch mit einer viel zu geringen Steuernachzahlung für die vergangenen zehn Jahre zufrieden: gerade mal knapp zwei Milliarden Euro. Dabei sei diese Summe schätzungsweise in jedem ein-

zelnen dieser zehn Jahre angefallen. Damit verzichte auch NRW auf wertvolle Einnahmen.

Amnestie-Regel, Verzicht auf aktive Daten-CD-Ankäufe, Zinsbesteuerung deutscher Guthaben und Legalisierung von Vermögen: Daniel Sieveke (CDU) bezeichnete das Abkommen als Verhandlungserfolg. „Dass man solche oder ähnliche Regelungen mit der Schweiz treffen muss, um das Problem anzupacken, ist doch wohl unstrittig“, so Sieveke. Nun sei einigen Kritikern die Nachversteuerung offenbar zu gering. Doch: „Was ist denn bitte die Alternative?“, fragte der Abgeordnete. Steuersünder weiterhin mehr oder weniger zufällig über CDs zu erwischen, bringe niemandem Gewinn – weder dem ehrlichen Steuerzahler, noch den öffentlichen Haushalten und damit auch nicht den Menschen in NRW.

„Ohne ein Steuerabkommen mit der Schweiz hätten wir an der Stelle überhaupt keine Möglichkeit, unsere Ansprüche durchzusetzen“, meinte Angela Freimuth (FDP). Auch wenn man sich immer mehr wünschen könne: Zu einem Abkommen gehörten Kompromisse eben häufig dazu. Der nun verabredete Vertrag beende die unbefriedigende Situation der vergangenen Jahre und sei aus FDP-Sicht ein Erfolg. Auch

Nordrhein-Westfalen könne dadurch in Zukunft auf ein Plus an Steuereinnahmen hoffen, stellte die FDP-Politikerin in Aussicht. Wer gegen das Steuerabkommen sei, müsse demnach auch erklären, warum er gegen diese Mehreinnahmen sei. Im Übrigen hinke der Vergleich mit den USA.

„Es ist ein unglaublicher Ablasshandel“, kritisierte hingegen Rüdiger Sagel (Linke). Der erst relativ spät gelüftete Vertragstext bestätige die schlimmsten Befürchtungen: Unter anderem würden sich die Zahlungen an die Bundesrepublik lediglich auf einen Bruchteil der vermuteten Summe belaufen. Zudem verhindere das Abkommen die Strafverfolgung von Steuerflüchtigen, die geplante Abgeltungssteuer verstoße wohlmöglich gegen EU-Recht, und zudem könne Deutschland nicht mehr überprüfen, ob alle Steuerpflichtigen auch tatsächlich gezahlt hätten, fasste Sagel zusammen. Tragen müssten das wieder die ehrlichen Steuerzahler. „Dagegen muss massiv vorgegangen werden“, so der Sprecher der Linken.

Für alle diejenigen, die zunehmend bereit seien, ihre Steuerlast auch gerade wegen der angespannten öffentlichen Haushalte ehrlich zu tragen, sei das Abkommen ein Schlag ins Gesicht, kritisierte Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD). So obliege die Kontrolle von morgen künftig den Mittätern von gestern. Zudem bleibe die Wiedergutmachung häufig weit hinter dem zurück, was ehrliche Steuerzahler in vergleichbaren Fällen gezahlt hätten, bemängelte der Finanzminister. Die Nachbesteuerung müsse höher und differenzierter ausfallen. Zügiges Nachverhandeln sei nicht nur nötig, sondern auch möglich. „Am Ende, das muss klar sein, darf sich Betrug nicht gelohnt haben.“ *bra*

Weitere Brücken bauen ...

... zwischen Landtag und Regionen: Das will das Landtagspräsidium. Dazu reist es regelmäßig in die Regionen des Landes. Diesmal ging es an den Niederrhein. Hier informierte sich Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (sitzend neben dem Landrat des Kreises Wesel, Dr. Ansgar Müller) gemeinsam mit seinen Stellvertretern (h. v. l.: Carina Gödecke, Angela Freimuth, Gunhild Böth und Oliver Keymis) über die Arbeiten im Naturschutzzentrum Wahrmannshof in Rees im Kreis Kleve, über die junge Hochschule Rhein-Waal sowie am Diersdorfer Waldsee über Lösungschancen im Interessenstreit von Kiesabbau, Naturschutz und Freizeitnutzung. Den Abschluss des informativen Tages bildete die Begegnung mit rund 100 Gästen aus Kommunalpolitik, Verwaltungen, Parteien und Verbänden am Niederrhein im Rahmen der Landtagsausstellung „Das Haus der Bürgerinnen und Bürger“ im Kreishaus Wesel. Foto: Michalzik

Ein Video zur Reise gibt es auf der Internetseite des Landtags (www.landtag.nrw.de).



In der Spur

Große Einigkeit über Trasse für Eisernen Rhein

28. September 2011 – Als unverzichtbar für den zukünftigen Güterverkehr wird die Schienenstrecke „Eiserner Rhein“ Mönchengladbach-Antwerpen im Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP (Drs. 15/2895) eingeschätzt (neben der Betuwe-Linie Oberhausen-Rotterdam). Kritisiert wird jedoch die von der Bundesregierung angestrebte Reaktivierung der historischen Trasse über Dalheim und Roermond. Eine große Mehrheit des Landtags unterstützte die Forderung, über eine Trasse entlang der Autobahn A52 zu verhandeln. Die CDU, deren Entschließungsantrag (Drs. 15/2909) zum Teil angenommen wurde, betonte allerdings, angesichts eines Beschlusses aus dem Jahr 2007 sei der neue Antrag Aktionismus; deshalb enthielt sie sich größtenteils.

Schon Anfang Oktober wollten Deutschland, Belgien und die Niederlande beraten, ob man die historische Trasse des „Eisernen Rheins“ reaktivieren solle, so **Jochen Ott** (SPD). Dahinter stehe wohl die Überlegung der Bundesregierung, dass sie – da sie an der Betuwe-Linie nicht vorbeikomme – nunmehr eine unrealistische Trasse für den Eisernen Rhein vorschlage. So könne sie dieses Projekt verhindern und brauche es nicht zu finanzieren. Ökologisch und ökonomisch vernünftig sei hingegen eine Trassenführung entlang der A52. Hierzu forderte er einen „partiübergreifenden Konsens“.

„Klar ist, dass es in den nächsten Jahren zu einem immensen Zuwachs im Güterverkehr, im Containerverkehr kommen wird“, sagte **Arndt Klocke** (Grüne). Das Projekt des Eisernen Rheins brauche Schwung, sonst werde NRW „in den nächsten Jahren auf den Autobahnen von Lkws überrollt“, mahnte Klocke. Dabei sprach er sich gegen die historische Trasse aus, da sie durch ein Naturschutzgebiet führe und deshalb nie zu realisieren sei. Es werde eine neue Trasse gebraucht. In diesem Zusammenhang müsse die A52-Variante geprüft werden. Darüber hinaus sei auch eine ausreichende Bürgerbeteiligung notwendig.

Als „Aktionismus, aber kein reales Handeln“ verurteilte **Bernhard Schemmer** (CDU) den Antrag von SPD, Grünen und FDP. Dieser sei nicht notwendig, der Landtag habe sich schon im Dezember 2007 klar zum Eisernen Rhein positioniert. „Das Problem ist aber nicht, dass sich NRW neu positionieren muss“, so Schemmer, es sei die Untätigkeit der Landesregierung. Sie habe es versäumt, mit Belgien, den Niederlanden und der Bundesregierung zu verhandeln. Der Konsens von 2007 solle nicht verlassen werden, betonte der CDU-Sprecher: „Wir sind für den alten Antrag. Wir sind für Lärmschutz. Wir sind für die Umweltverträglichkeit.“

„Es fahren heutzutage acht Ganzgütercontainerzüge von Antwerpen in Richtung Rhein-Ruhr. Im Jahre 2030 werden das nicht acht Züge sein, sondern 52 Vollzüge“, mahnte **Christof Rasche** (FDP). Deshalb seien die Betuwe-Linie und der Eisernen Rhein nötig. Da man 2007 lediglich der Untersuchung der Trasse A52 zugestimmt habe, sei der Antrag unter anderem seiner Fraktion wichtig. Diese Trasse sei vorteilhaft, da man kein Naturschutzgebiet durchquere. Des Weiteren handle es sich um eine zweigleisige, elektrifizierte Trasse. „Wir wollen eine realisierbare Trasse. Da gibt es nur eine Möglichkeit: die A52-Trasse“, forderte Rasche.

„Die Linke begrüßt die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und weg von der Straße ausdrücklich“, betonte **Bärbel Beuermann** (Linke). In den letzten 40 Jahren sei durch gleich welche Regierung zu wenig passiert. Die heutige Bundesre-



Christof Rasche (FDP)



Bärbel Beuermann (Linke)



Verkehrsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD)



Jochen Ott (SPD)



Fotos: Meyer

Arndt Klocke (Grüne)



Bernhard Schemmer (CDU)

gierung habe verlauten lassen, dass die geforderte Bahnstrecke entlang der A52 für die nächsten 20 Jahre auf Eis liege. Beuermann warnte vor „Schnellschüssen“ einzelner Fraktionen und forderte stattdessen Gespräche zwischen allen. „Ein starkes, deutliches Signal aller fünf Fraktionen kann und wird in Berlin nicht überhört werden“, betonte Beuermann.

Belgien und die Niederlande hätten sich auf die historische Trasse verständigt, teilte **Verkehrsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD) dem Landtag mit. Und auch der Bundesverkehrsminister habe sich hierfür ausgesprochen. Im Gespräch mit dem belgischen Premierminister habe er nun persönlich erreicht, so Voigtsberger, dass eine Arbeitsgruppe diese Frage nochmals berate. Er selbst bewertete die Wiederinbetriebnahme der eingleisigen historischen Trasse sowohl aus verkehrstechnischen als auch ökonomischen und ökologischen Gründen als problematisch. Deswegen bat er darum, die Positionen für die A52-Variante zu beschließen. *Barbara Carvalho/cw*

Weitere Beratung

Der Antrag (Drs.15/2895) wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grüne, FDP, Linke und zwei Stimmen bei der Fraktion der CDU gegen zwei Stimmen bei der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU angenommen.

Wer soll's bezahlen?

Landtag debattiert über Lage an den Hochschulen

29. September 2011 – Land oder Bund: Wer steht bei der aktuellen Lage der Hochschulen eher in der Pflicht? Angesichts wachsender Studierendenzahlen, vor allem durch den doppelten Abiturjahrgang und das Aussetzen der Wehrpflicht, habe man statt 90.000 zusätzlichen Studierenden jetzt schon über 100.000, analysieren SPD und Grüne und fordern in einem Antrag Hilfe aus Berlin (Drs. 15/2863). Hochschulpolitik sei zunächst einmal Ländersache und dürfe nicht auf den Bund geschoben werden, fordern CDU wie auch FDP die Verantwortung der Landesregierung ein. Die Linke schlägt vor, dass Hochschulen wieder Einrichtungen des Landes werden sollten.

„Wir brauchen junge gut qualifizierte Kräfte in allen Bereichen der Gesellschaft“, meinte **Karl Schultheis** (SPD). Die Hochschulen stünden vor drei großen Herausforderungen: dem doppelten Abiturjahrgang 2013, der Aussetzung der Wehrpflicht und der steigenden Bildungsbeteiligung. Deshalb fordert Schultheis einen „Hochschulpakt plus“, der eine stärkere Beteiligung des Bundes benötige. Ein weiterer wichtiger Punkt neben dem Ausbau der Kapazitäten sei auch die bessere Ausschöpfung der bestehenden. Die Zeit solle genutzt werden, um Gutes „für die jungen Menschen in unserem Land, aber auch für unser Land, für unsere Wirtschaft, für unsere Gesellschaft“ zu tun.

„Wir wollen alle Talente in unserem Land fördern“, unterstrich **Dr. Ruth Seidl** (Grüne). Die Herausforderung der steigenden Studierendenzahl könne ohne gemeinsame Kraftanstrengung von

Bund und Ländern und ohne ein Nachsteuern beim Hochschulpakt II (2009) nicht gemeistert werden. So solle zum Beispiel zusätzliches Personal für Lehre und Betreuung, die Anmietung und der Bau weiterer Gebäude sowie die Ausstattung von Bibliotheken und Laboren finanziert werden. „Die Ausweitung des Hochschulpakts zu einem Pakt für Qualität in Lehre und Studium muss sofort angepackt werden“, forderte Seidl. Somit sei ein quantitativer und qualitativer Ausbau des Hochschulpaktes nötig.

„Das Thema dieses Antrags zum Hochschulpakt hat hohe Priorität. Es muss dringend etwas für unsere Hochschulen getan werden“, sagte **Dr. Martin Schoser** (CDU). Jedoch warf er der Landesregierung vor, dass sie durch die Abschaffung der Studienbeiträge den Hochschulen notwendige Mittel entzogen habe. „Es ist Aufgabe der Landesregierung, endlich aktive Hochschulpolitik zu

betreiben und sich nicht, wie das hier geschieht, hinter dem Bund zu verstecken“, betonte Schoser. Er forderte die Ministerin dazu auf, entsprechende Entscheidungen zu fällen, und warnte: „Jeder Tag, der hier ungenutzt vergeht, ist ein verlorener Tag für die jungen Leute, die einen Studienplatz suchen.“

„Wir wollen der wachsenden Zahl von Studienanfängern ausreichende und gute Studiermöglichkeiten bieten“, sagte **Marcel Hafke** (FDP). Dies bedeute, entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Es sei zu einfach, nur dem Bund die Verantwortung zuzuschieben. „Ihr eigener Beitrag ist insgesamt dürftig. Sie tragen Regierungsverantwortung und deshalb müssen Sie ein Konzept vorlegen“, forderte Hafke von Rot-Grün. Bund und Länder hätten sich geeinigt, für mehr Studienanfänger zusätzliche Mittel bereitzustellen, wobei sie je die Hälfte tragen würden. Da die Förderung von Hochschulen Aufgabe der Länder sei, solle die Anstrengung des Bundes nicht geringgeschätzt werden.

„Im Prinzip kann ich den Inhalt dieses Antrags gut verstehen, weil der Hochschulpakt 2020 ausgeweitet werden muss“, sagte **Gunhild Böth** (Linke). Man solle den Bund beim Ausbau in die Pflicht nehmen, da er sich beteiligen müsse. Ein weiterer Aspekt sei die steigende Anzahl der Studierenden. Nur damit könne man gemeinsame bildungspolitische Ziele erreichen, zum Beispiel „mehr Menschen besser zu qualifizieren“. Ein Problem des Antrags sei der Kapazitätsausbau, der zu mehr Personal führe. Um hier „Lohnrückerei“ zu verhindern, müsse das Land wieder mehr Einfluss auf die Hochschulen erhalten. Deswegen sollten diese wieder „Einrichtungen des Landes werden“.

„Jedes Talent soll sich entfalten können“, betonte **Wissenschaftsministerin Svenja Schulze** (SPD). Da der Bund von der Abschaffung der Wehrpflicht profitiere, müsse er auch den Ländern helfen. Für jeden zusätzlichen Studierenden müsse es eine zusätzliche Finanzierung geben. Die Hochschulen bräuchten die Sicherheit, dass sie dieses Geld zeitnah erhielten. Notwendig sei auch der Ausbau der Master-Studienplätze, da die Mehrheit der Studierenden nach dem Bachelor weiter studieren wolle. Die Qualität der Lehre solle auf dem gleichen Niveau bleiben, auch beim doppelten Abiturjahrgang. „Deswegen ein Ja zum massiven Ausbau, aber auf hohem qualitativen Niveau“, forderte Schulze.

Barbara Carvalho/cw

Weitere Beratung

Der Antrag (Drs.15/2863) wurde einstimmig an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie – federführend – sowie an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen.

Umstrittene Hilfen

Kommunaler Stärkungspakt: Debatte über Ansatz und Umfang

28. September 2011 – Städte und Gemeinden, die Ende 2010 als überschuldet galten oder denen mittelfristig eine Überschuldung droht, sollen zehn Jahre lang Geld vom Land erhalten: Das ist der Plan von Rot-Grün. In einer zweiten Stufe könnten dann die Kommunen teilnehmen, denen Ähnliches bis zum Jahr 2016 droht. Die erste Gruppe müsste bis zum Jahr 2016, die zweite ein Jahr darauf den Haushaltsausgleich schaffen. Die Frist für alle Gemeinden endet, auch ohne Konsolidierungshilfe, im Jahr 2021. Das Konzept stieß auf Zustimmung, aber auch Kritik.



Innenminister Ralf Jäger (SPD)



Fotos: Meyer

Özlem Alev Demirel (Linke)



Bodo Löttgen (CDU)

Auf die „dramatische“ Finanzlage der Kommunen habe die rot-grüne Landesregierung unmittelbar nach dem Regierungswechsel reagiert, betonte Innenminister Ralf Jäger (SPD). In einem ersten Schritt habe sie rund 1 Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, in einem zweiten den Handlungsrahmen für die Haushaltssanierung in den Kommunen verbessert. In einem dritten Schritt wolle sie nun gezielt solchen Kommunen helfen, die in einer besonders schwierigen Haushaltslage steckten. Sie sollen bis zum Jahr 2020 jährlich 350 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt erhalten. Zum Erfolg dieses Stärkungspaktes sollen auch die finanzstarken Kommunen beitragen.

„Das sind vergiftete Hilfen“, bewertete Özlem Alev Demirel (Linke) das Konzept der Landesregierung. Der Minister verkenne, dass man den Kommunen nicht nur Hilfen gebe, sondern gleichzeitig das Aufkommen aus der Erhöhung der Grunderwerbssteuer wegnehme: „Das, was Sie von SPD und Grünen unter dem Kürzel ‚Stärkungspaktgesetz‘ jetzt vorgestellt haben, ist ein Sparhammer, wie ihn sich die Troika gegenüber Griechenland nicht im Traum hätte ausdenken können“, so die Linke. Zwar werde die Auszahlung der veranschlagten Gelder an ihrer Fraktion nicht scheitern. Kürzungsaufgaben, Sanktionen und eine Zwangsteilnahme werde sie jedoch nicht mittragen.

Der Pakt sei ein „brutaler Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung in diesem Land“, meinte Bodo Löttgen (CDU). Er blende den größten Teil des Problems einfach aus. Die 34 betroffenen Kommunen hätten strukturell höhere Ausgaben als Einnahmen. „Was Sie den Kommunen liefern, ist eine Lücke zur Auffüllung einer Lücke“, so der CDU-Sprecher. Die Folge seien drastische Erhöhungen der Grundsteuern für die dortigen Bürgerinnen und Bürger. Eine Lösung könne nur gefunden werden, wenn man Haushaltsausgleich und Schuldenabbau gleichzeitig anpacke. Die CDU wolle den 164 notleidenden Kommunen im Ganzen helfen. Dafür veranschlage sie 958 Millionen Euro.

Zum ersten Mal diskutiere man ernsthaft darüber, wie das Land tatsächlich Finanzmittel zugunsten der überschuldeten Kommunen in Bewegung setze, so Hans-Willi Körfges (SPD). Allerdings konstatierte er zur Höhe der geplanten Zuschüsse: „Die 350 Millionen tun dem Landeshaushalt verdammt noch mal weh.“ Da seien die von der CDU genannten 958 Millionen Euro „leichtfertig“ in den Raum gestellt. Außerdem fehle ihm bei deren Konzept die Erkenntnis, dass auch der Bund gefordert sei. Körfges wies zurück, dass man vorhätte, bei Beschäftigten oder bei Strukturen „die Säge

anzusetzen“. Im Gegenteil: „Wir wollen die Kommunen wieder handlungsfähig machen.“

„Ich bin schon schwer beeindruckt von den Pirouetten der CDU-Fraktion“, meinte Mehrdad Mostofizadeh (Grüne). Bis vor kurzem sei sie immer der „Gralshüter“ gewesen, jeder Euro habe zweimal umgedreht werden müssen. Wenn diese Fraktion nun Millionenbeträge „aus dem Nirwana“ hole, dann sei sie nicht mehr ernst zu nehmen. Der Grünen-Sprecher kritisierte, die CDU könne sich nicht entscheiden zwischen Fundamentalopposition und dem Mit-

machen an den richtigen Punkten. Erstmals liege nunmehr ein Konzept auf dem Tisch, das überschuldete Kommunen entlaste und von der „Politik der verbrannten Erde der letzten fünf Jahre“ befreie, so Mostofizadeh.

Eigentlich bräuchten die betroffenen Städte und Gemeinden sowohl einen dauerhaften Haushaltsausgleich als auch eine Halbierung der Liquiditätskredite, so Horst Engel (FDP). Zu diesem Schluss kämen jedenfalls die vorliegenden Gutachten. Allerdings: So wünschenswert diese Vorstellung auch sei, so unrealistisch sei sie gegenwärtig. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf könne man daher zwar nicht voll zufrieden sein, es sei aber ein Schritt in eine grundsätzlich richtige Richtung. Konkret bemängelte der FDP-Sprecher, es sei nicht vorgesehen, die Haushaltssanierungspläne der unterstützten Kommunen verpflichtend auf ihre Machbarkeit hin zu prüfen, noch bei Nichteinhaltung Sanktionen durchzuführen.

c/w

Weitere Beratung

Der Gesetzentwurf (Drs.15/2859) wurde nach der 1. Lesung einstimmig an den Ausschuss für Kommunalpolitik – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.



Hans-Willi Körfges (SPD)



Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)



Horst Engel (FDP)

Wie bleibt NRW mobil?

Straßenbau: Streit über neue Richtung

29. September 2011 – In einer Aktuellen Stunde ging es um die Pläne der Landesregierung zum zukünftigen Straßenbau und die Frage, ob bei den Mitteln denn nun lediglich umgeschichtet oder auch gekürzt werde. Es sei eine Konzentration auf das Machbare und damit eine Beschleunigung und ein Einsparen, betonten Landesregierung sowie die Fraktionen von SPD und Grünen. Es sei eine Politik gegen die Menschen wie auch gegen die Anforderungen eines modernen Industriestandorts, kritisierten dagegen die Sprecher von CDU und FDP. Mehr Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung seien notwendig, forderten die Linken.

„NRW bleibt im Stau.“ Dieses Fazit zog **Bernhard Schemmer** (CDU) aus der aktuellen Straßenbauplanung. Von 174 vorgesehenen Bundesfernstraßen würden nur 96 weiter vorangetrieben, von 116 Landesstraßen in der Prioritätsstufe 1 nur 37. „In summa sind das 100 Ortsumgehungen in Nordrhein-Westfalen, die nicht gebaut werden sollen“, kritisierte Schemmer die jetzige „Streichorgie“. Man müsse an Lärm und Staus, man müsse an die Sicherheit der Kinder denken. Es stimme nicht, dass vom Straßenneubau in den Straßenerhalt umgeschichtet würde; in beiden Etats werde gekürzt. Des Weiteren weigere sich die Landesregierung, die Kriterien für ihre Kürzungen offenzulegen.

„Die Streichliste ist rein politisch motiviert“, warf auch **Christof Rasche** (FDP) der Landesregierung vor und sprach von „Planungswillkür auf dem Rücken der Bürger und Unternehmen“. Es sei ein Skandal, dass SPD und Grüne mit sogenannten Priorisierungslisten Parlamentsbeschlüsse aushebelten. Angesichts der zu erwartenden Verdoppelung des Güterverkehrs in den nächsten Jahren ersticken Betroffene in „Mief und Lärm“. Vor diesem Hintergrund müssten das Schienen- und Wasserverkehrsnetz, vor allem aber die Straßen ausgebaut, Engpässe beseitigt und Stadtkerne entlastet werden, so der FDP-Politiker. Daher sei Planungsbeschleunigung statt Planungsstopp geboten.

„Nicht eine Straße wurde gestrichen“, betonte dagegen **Rainer Schmeltzer** (SPD). Vielmehr habe die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung viele „Luftblasen“ erzeugt, die sie nie hätte umsetzen können. So sei der Straßenbetrieb NRW in der Zeit von 2005 bis 2010 „ausgeblutet“. Zudem werde die Mittelzuweisung durch den Bund von rund 310 auf 132 Millionen Euro sinken. Daher sei es notwendig gewesen, erst einmal mit dem „Tohuwabohu“ der Straßenbedarfspläne aufzuräumen. „Jetzt wird erstmalig das Neu- und Ausbaugeschehen gesteuert“, so Schmeltzer. Dabei werde das Machbare priorisiert. Die Kosten nur dafür würden den Straßenbau in NRW noch über Jahre binden.

Das Straßenbauprogramm, das Rot-Grün bei Regierungsübernahme vorgefunden habe, sei völlig überzeichnet gewesen, warf auch **Arndt Klocke** (Grüne) den heutigen Oppositionsfraktionen von CDU und FDP vor. Daher habe man eine Bestandsaufnahme vornehmen müssen. In Zeiten knapper Kassen müsse man sich nun mal auf das Machbare konzentrieren; dies mache im Übrigen auch der Bundesverkehrsminister. Bei einer Anhörung hätten sich alle Fachleute für eine Priorisierung der Straßensanierung ausgesprochen, so Klocke. Dies habe die Landesregierung umgesetzt. Die Zuwächse im Güterverkehr sollten zu einem großen Teil über die Schiene transportiert werden, so der Grünen-Sprecher.

Ein nachhaltiges Mobilitäts- und Logistikkonzept für NRW forderte **Bärbel Beuermann** (Linke). Dieses dürfe nicht nur den Interessen der Transportindustrie dienen, sondern vor allem dem Schutz der Menschen und der Natur. Güter müssten verstärkt über Schienen- und Wasserwege transportiert werden. Die Straßeninfrastruktur sei bereits jetzt kaum noch in der Lage, das Aufkommen an Schwerlastverkehr zu bewältigen. Um ein ökologisches und sozial nachhaltiges Wachstum zu erreichen, komme es darauf an, unnötige Transporte zu vermeiden. An der konkreten Planung müssten außerdem die Betroffenen frühzeitig beteiligt werden, forderte Beuermann.

Eine Priorisierung der Straßenbauplanung sei unumgänglich gewesen, betonte **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Die Finanzsituation habe eine Konzentration auf das Machbare, der Zustand der Straßen nach zwei harten Wintern und jahrelanger Vernachlässigung eine Umschichtung zugunsten des Straßenerhalts erfordert. Zudem habe er ein „überzeichnetes“ Planungsprogramm vorgefunden, so der Minister. Bei der Bewertung habe man 170 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 6,6 Milliarden Euro priorisiert und auch mit Blick auf die Umsetzbarkeit und Akzeptanz entschieden, 96 Projekte mit einem Volumen von 4,3 Milliarden Euro weiter vorrangig zu planen. cw

Nach dem Steinwurf

Debatte über linksextremistische Angriffe auf Polizeikräfte

29. September 2011 – Drei Wochen nach der Gewalteskalation bei einer Anti-Neonazi-Demo in Dortmund hat sich der Landtag auf Anträge von CDU (Drs. 15/2855) und FDP (Drs. 15/2861) mit möglichen Konsequenzen beschäftigt. Rund 1.500 Linksextreme hatten die eingesetzten Polizeikräfte Anfang September unter anderem mit Steinen und Pfefferspray angegriffen und mehr als 40 von ihnen verletzt. Die Debatte entzündete sich auch an Vorwürfen, Abgeordnete hätten zu Sitzblockaden aufgerufen.



Fotos: Meyer

Theo Kruse (CDU)

Horst Engel (FDP)

Thomas Stotko (SPD)

„Für Extremisten jedweder Art darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz geben“, betonte **Theo Kruse** (CDU). Angesichts der aktuellen Geschehnisse verurteilte er die aus seiner Sicht zunehmenden Gewaltexzesse linksautonomer Gegendemonstrationen. Gleichzeitig kritisierte er, dass Mitglieder anderer Fraktionen und gar der Regierung selbst zu Sitzblockaden gegen die Neonazi-Demo in Dortmund aufgerufen hätten: „Ein Parlamentarier sollte mit Worten hier im Parlament und auf Veranstaltungen kämpfen und argumentieren und nicht auf der Straße gegen die Polizei.“ Die Einsatzkräfte verdienten dagegen die uneingeschränkte Rückendeckung durch die Politik.

„Durchdachte Konzepte und ein konsequentes Vorgehen gegen Linksextremismus unter Rot-Rot-Grün in NRW: leider Fehlanzeige“, sagte **Horst Engel** (FDP). Zudem kritisierte auch er, dass Mitglieder der Regierungsfaktionen sowie der Linken trotz polizeilicher Ermahnung zur Blockade der Neonazi-Demonstration ermuntert hätten: „Sie rufen offen zu strafbaren Handlungen auf und senden damit die Botschaft, zur Erreichung des antifaschistischen Ziels seien auch rechtswidrige Mittel erlaubt“, kritisierte Engel. Dies sei ein nicht hinnehmbarer Tabubruch. Der Landtag müsse gewalttätiges Verhalten verurteilen und sich kompromisslos hinter die Polizei stellen.

Das Parlament, die Regierung und alle Demokraten in NRW lehnten Gewalt egal aus welcher Richtung ab, betonte **Thomas Stotko** (SPD). Dabei

sei es nicht strafbar, zu friedlichen Sitzblockaden aufzurufen – so habe es das Bundesverfassungsgericht entschieden. „Zu genau solchen Sitzblockaden, bei denen kein Widerstand geleistet wird, haben die, die Sie in Ihrem Antrag geißeln, auch nur aufgerufen“, reagierte Stotko. „Das hat auch nicht Gewalt begünstigt.“ Den Kritikern warf er mangelnden Respekt vor der Leistung der Menschen vor, die sich den Nazis in den Weg gestellt hätten. Zugleich sagte er: „Wir stehen zu den Kolleginnen und Kollegen der Polizei.“

Nur als Randnotiz komme der Einsatz vieler tausend Menschen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in den vorliegenden Anträgen vor, so **Matthi Bolte** (Grüne). Dies sei dem jahrzehntelangen Konsens, der Kampf gegen Rechts sei Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, abträglich. Mit Blick auf die jüngsten Ausschreitungen in Dortmund erklärte Bolte,

für die Grünen sei Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Lobend hob der Abgeordnete die Fähigkeit der Polizei zur Selbstkritik hervor. Damit sei sie den antragstellenden Fraktionen meilenweit voraus, meinte er mit Blick auf CDU und FDP. Diese forderte er auf: „Lassen Sie die Scharfmacherei.“

„Sie entdecken das Thema ‚Neofaschismus‘ immer dann, wenn Sie es für ihre Zwecke instrumentalisieren können“, warf **Anna Conrads** (Linke) der CDU vor: „Sie instrumentalisieren hier auch die Verletzungen der Polizeibeamten.“ Die Linke habe dagegen bereits kurz nach dem 3. September klargemacht, dass sie Gewalt gegen Polizisten, Demonstrierende und Passanten missbillige. Es sei unredlich, in Abrede zu stellen, dass der „riesengroße Teil“ der Demonstranten gewaltfrei gehandelt habe. Zudem betonte sie: Bei der Demonstration habe man besonnene Beamte erlebt, aber auch fragwürdiges polizeiliches Verhalten. Kritische Fragen hierzu seien keine Unverschämtheit, sondern Pflicht.

Er stelle sich vor die friedlich Demonstrierenden wie auch vor die Polizeikräfte, so **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Letztere hätten in Dortmund einen „unglaublich professionellen Job“ abgeliefert. Jäger betonte, Versammlungsfreiheit gelte auch für die, die diese Demokratie bekämpften. Es sei jedoch ebenso legitim, friedlich gegen solche Veranstaltungen zu protestieren. In Dortmund habe die Polizei dagegen einer Gewalttätigkeit gegenübergestanden, die „noch nie dagewesen“ sei. Dies dürfe in keiner Weise bagatellisiert werden. Jäger bat um konkrete Hinweise darauf, falls der Polizeieinsatz vereinzelt nicht verhältnismäßig gewesen sein sollte. *bra/cw*

Weitere Beratung

Der Antrag (Drs.15/2855) wurde in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt. Der Antrag (Drs.15/2861) wurde einstimmig an den Innenausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss überwiesen.



Matthi Bolte (Grüne)

Anna Conrads (Linke)

Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Stadt, Land, Kind

Neuer Streit über die Regelung der Kita-Elternbeiträge

28. September 2011 – Tageseinrichtungen für Kinder gehörten zur Grundversorgung, begründete die SPD-Fraktion die Beitragsbefreiung fürs dritte Kindergartenjahr. Schwarz-Gelb habe im Jahr 2006 die landesweite einheitliche Beitragsgestaltung abgeschafft, so die Grünen. Dann solle man diese doch wieder einführen, schlugen die Linken in einem Gesetzentwurf vor. CDU wie auch FDP kritisierten in entsprechenden Anträgen das jetzige „Chaos“ bei den Elternbeiträgen – ihrer Meinung nach eine Folge des rot-grünen ersten KiBiz-Änderungsgesetzes.

„Das Chaos um die Beitragsfreiheit in den letzten Wochen spottet jeder Beschreibung“, kritisierte Dr. Carolin Butterwegge (Linke) die CDU/FDP-Vorgängerregierung für die Abschaffung der landesweiten Gebührentabelle. Die jetzt eingeführte Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr habe das Problem noch verschärft. So komme es durch den Wegfall der Geschwisterregelung in einigen Kommunen sogar zu noch höheren Belastungen mancher Eltern. Als Lösung schlug Butterwegge die Wiedereinführung der landesweit einheitlichen Beitragsregelung vor. Dies sei auch der Wunsch aller beteiligten Verbände. Ziel des Antrags sei die Abschaffung ungleicher Startchancen für Kinder.

Die Linke habe im Juli dem KiBiz-Änderungsgesetz zugestimmt, erklärte Bernhard Tenhumberg (CDU). Insofern könne sie sich nicht aus der Mitverantwortung stellen. Die Aufhebung des sogenannten Elternbeitragsdefizitverfahrens durch CDU und FDP im Jahr 2006 habe ein bürokratisches Monster abgeschafft. Die Kommunen seien verpflichtet, das Beitragsaufkommen der Eltern bei 19 Prozent der Betriebskosten festzulegen – unter Berücksichtigung sozialer Kriterien. Insbesondere kritisierte Tenhumberg die Beitragsfreistellung, auf die man angesichts knapper Kassen hätte verzichten müssen. Diese entlaste einkommensstarke Haushalte stärker als einkommensschwache.

Die von der Regierung versprochenen Verbesserungen in der Betreuungsqualität seien fast komplett ausgeblieben, meinte Marcel Hafke (FDP) und ergänzte: „Jetzt fahren Sie auch noch Ihr teures Wahlgeschenk vor die Wand.“ Bereits in der Anhörung sei vor einem „Gebühren-Chaos“ gewarnt worden. Jetzt dürfe man die Kommunen nicht zu Prügelknaben machen. Als „klaren Wortbruch“ bezeichnete der FDP-Sprecher die für ihn unzureichende Erstattung des Gebührenauffalls durch das Land. Zum Gesetzentwurf der Linksfraktion erklärte Hafke, diese müssten erklären, woher denn das Geld kommen solle. Mit der nächsten KiBiz-Änderung müsse jedenfalls mehr Qualität in der Betreuung erreicht werden.

Sie seien für die jetzige Situation verantwortlich, attackierte Heike Gebhard (SPD) die Fraktionen von CDU und FDP. Diese hätten 2006 die Kommunen in einen Wettbewerb um Elternbeiträge gezwungen. Die 19 Prozent Elternbeiträge seien meistens nicht erzielt worden; der Elternbeitragsdefizitausgleich sei dann für diese Lücke aufgekommen. Es sei „pharisäerhaft“, sich jetzt einerseits „scheinbar“ an die Seite von Familien mit mehreren Kindern zu stellen und andererseits zu behaupten, die Kommunen dürften nicht auf solche zusätzlichen Einnahmen verzichten. Die rot-grüne Landesregierung habe geregelt, dass die Geschwisterbeiträge nicht erhoben werden müssten.

Die Abschaffung der landesweiten Beitragstabelle vor fünf Jahren sei „eines der dunkelsten Kapitel der Regierungszeit Rüttgers“, kommentierte Andrea Asch (Grüne). „Sie haben damit die Befreiung der Geschwisterkinder von den Gebühren abgeschafft.“ Die damalige Regelung habe die soziale Spaltung in NRW weiter vorangetrieben. Und die damaligen Regierungsfaktionen hätten dies im Landtag ausdrücklich begrüßt. Jetzt redeten CDU und FDP ein Chaos herbei, das nicht stattfinde. In den meisten Kommunen stelle sie vielmehr fest: „Die Appelle, die aus Düsseldorf kommen, das Geld tatsächlich den Kindern zugutekommen zu lassen, treffen auf fruchtbaren Boden.“

„Für die Kommunalisierung der Beiträge ist Schwarz-Gelb verantwortlich“, erklärte auch Familienministerin Ute Schäfer (SPD). Den damals ge-

wollten Wettbewerb mache sie nicht mit. In einem ersten Schritt habe die Regierung nun im Bereich Kinderbildung eine Qualitätsverbesserung im Umfang von 100 Millionen Euro in den Gruppen für Kinder unter drei Jahren herbeigeführt. Ebenfalls geregelt habe man die Vorsorge für Investitionen in den U3-Bereich. Und den „unhaltbaren Zustand eines Flickenteppichs unterschiedlicher Gebühren“ wolle man schrittweise beenden. Die Kommunen würden nun damit beginnen, diese Gelder des Landes auch an die Familien weiterzugeben. *cw*

Weitere Beratung

Der Gesetzentwurf der Linksfraktion (Drs. 15/2851) wurde an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen. Die Anträge von CDU (Drs. 15/2853) und FDP (Drs. 15/2857) wurden abgelehnt.

Foto: Schälte



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Kommunale Gestaltungsfreiheit mit Blick auf die Kinderbetreuung ...

... ist ein hohes Gut, das in großer Verantwortung genutzt wird. Landesweit existieren unterschiedliche Voraussetzungen, die individuelle Lösungen erfordern. Vor Ort weiß man in der Regel besser, was erforderlich, angemessen und umsetzbar ist.

... ist im Jahr 2006 ohne Not von der damaligen schwarz-gelben Koalition eingeführt worden. Sie führte zu einem Flickenteppich unterschiedlicher und ungerechter Elternbeitragsregelungen, den wir in NRW nun leider haben.

Eine Regelung mit landesweit einheitlichen Elternbeiträgen halte ich für ...

... eine Beschränkung kommunaler Gestaltungsfreiheit. Aus diesem Grund gibt es sie in keinem anderen Bundesland. Wichtiger ist, dass einkommensschwache Haushalte keinen Beitrag zahlen. Das gewährleisten die Kommunen durch soziale Staffelung mit großem Engagement.

... grundsätzlich wünschenswert; sie ist aber nur in Form einer kompletten Beitragsbefreiung für alle Kinder im Kindergarten realisierbar.

Die im Juli beschlossene Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres ist in meinen Augen ...

... handwerklich schlecht gemacht und vor allem kein Mittel für bessere Qualität in der frühen Bildung. Die Kinder sind dabei die doppelten Verlierer, weil genau sie unsere Schuldenberge später abtragen müssen.

... ein weiterer wichtiger Schritt hin zur gebührenfreien Bildung, damit alle Kinder optimal gefördert werden können und gleichzeitig der Geldbeutel der Eltern entlastet wird. Diese Maßnahme bringt den jungen Familien mehr als jede Kindergelderhöhung.

Die Gebührenbefreiung von Geschwisterkindern ...

... stellt eine zusätzliche Unterstützung für Familien mit mehreren Kindern dar. Deshalb ist Frau Schäfers Beitragsfreiheit unsozial, wenn sie zu Gebühren für jüngere Geschwisterkinder führt, die bisher kostenlos zur Kita gehen konnten.

... soll auch die Familien mit mehreren Kindern spürbar entlasten. Einige Kommunen wollen die Beitragsbefreiung im letzten Kita-Jahr nicht umsetzen, sondern über die Geschwisterkinder bei Eltern und beim Land doppelt abkassieren. Diese Haushaltssanierung auf dem Rücken der Kinder ist unerträglich!

Mehr Qualität in der Betreuung bedeutet für mich...

... dass das Kind im Mittelpunkt steht. Sofern finanzierbar, könnte ich mir z.B. mehr U3-Plätze, mehr Familienzentren, mehr individuelle Förderung, mehr Flexibilität für die Eltern, mehr Personal, kleinere Betreuungsgruppen sowie bessere Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher vorstellen.

... vor allem der Einsatz von mehr Personal in den Einrichtungen. Deshalb haben wir den U3-Bereich wieder für Kinderpflegerinnen geöffnet und in einem ersten Schritt zusätzlich 100 Millionen Euro für zusätzliches Personal bereitgestellt. Weitere Maßnahmen werden folgen.

Diesmal zum Thema Kinderbildung.



... muss Eltern, die pädagogischen Fachkräfte und Träger einbeziehen, um zu größtmöglicher Kinder- und Familienfreundlichkeit zu kommen. Nach Bundesgesetz sind die Kommunen für die Kinderbetreuung verantwortlich. Landesrechtliche Vorgaben sind unverzichtbar, um die Finanzierung und Qualität zu gewährleisten.

Eine Regelung mit landesweit einheitlichen Elternbeiträgen ist von Schwarz-Gelb abgeschafft worden. Eine Wiedereinführung würde ca. 180 Millionen kosten. Eine grundsätzlich beitragsfreie gesamte Bildungskette ist ein erstrebenswertes Ziel. Der Landeshaushalt lässt das jedoch derzeit nicht zu.

... richtig, da die Kosten über die Erhöhung der Grunderwerbssteuer seriös gegenfinanziert sind. Dies gilt auch für die Abschaffung der Studiengebühren. Für den Bildungserwerb in der Kita darf es gerade für sozial benachteiligte Familien keine finanziellen Hinderungsgründe geben.

... wurde von CDU/FDP 2006 landesweit abgeschafft und liegt nun in kommunaler Entscheidungshoheit. Nach anfänglichen Unsicherheiten gehen die Kommunen in der Regel damit verantwortlich um. Städte und Gemeinden, die jetzt mehr Geld vom Land bekommen als die Eltern bisher zahlten, sollten das in die Kitas investieren.

... das wichtigste Ziel in der Kinderbetreuung. Qualität hängt von der Personalausstattung ab, Rot-Grün finanziert daher 3.000 zusätzliche Stellen für die Kitas. Hinzu kommen 1.000 zusätzliche Stellen für Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten, die wir anteilig mitfinanzieren.



... ist grundsätzlich richtig. Die Kommunen wissen am besten, welche Bedürfnisse vor Ort bestehen. Das entbindet die Landespolitik natürlich nicht von der Verantwortung, zu große Unterschiede, etwa bei den Elternbeiträgen, in den Blick zu nehmen.

... zu starr. Da sich die Kommunalisierung der Beitragshebung jedoch nicht flächendeckend bewährt hat, setzt sich die FDP für landesweite Höchstgrenzen für kommunal festgesetzte Beiträge ein.

... ein teures Wahlgeschenk von Rot-Grün, das mit einem schlecht gemachten Gesetz auf den Weg gebracht wurde und Chaos in den Kommunen angerichtet hat. Die Eltern wünschen sich vor allem Qualitätsverbesserungen, die Vorrang vor der Beitragsfreiheit haben müssen, aber jetzt nicht mehr finanzierbar sind.

... ist eine gute Maßnahme, die viele Kommunen in ihren Beitragssatzungen vorsehen. Die miserable Umsetzung der Beitragsfreiheit führt aber jetzt dazu, dass viele Eltern mehr zahlen müssen.

... mehr und gut ausgebildetes Personal, bessere Vertretungsregelungen, Flexibilität der Betreuungszeiten, Angebote der frühen Förderung, U3-Ausbau. Hier muss investiert werden, damit die Kinder beste Bildung und Erziehung und die Eltern ein passendes Angebot erhalten.



... darf für die Landesregierung keine Ausrede sein, sich der eigenen Verantwortung für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu entziehen. Die Kommunen müssen hier unterstützt werden. Wir brauchen landesweit bessere Bedingungen für Kinder, Eltern und Beschäftigte.

... absolut notwendig, damit der Zugang zur Kita für Kinder nicht wie bisher vom Wohnort der Eltern abhängig ist und alle Kinder gefördert werden. NRW gewinnt so ein Stück soziale Gerechtigkeit zurück, Eltern werden finanziell entlastet und Kinder erhalten einen guten Start ins Leben.

... ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit und muss ausgebaut werden, bis Bildung in Gänze gebührenfrei ist. Nun muss die Politik zügig weitere Kitajahre beitragsfrei stellen. Wenn es dafür im Landtag keine Mehrheit gibt, sind landesweit einheitliche Elternbeiträge das Mindeste.

... muss in allen Städten und Gemeinden garantiert sein. Dafür müssen gerade ärmere Kommunen auch finanziell unterstützt werden. So fördern wir in NRW Familien und nehmen jungen Eltern die Angst, durch mehrere Kinder in die Armutsfalle zu geraten.

... jedem Kind in seiner Einzigartigkeit gerechtzuwerden und ihm die bestmögliche Betreuung, Erziehung und Bildung anzubieten. Dies erreichen wir nur, wenn sich die Arbeitsbedingungen in den Kitas grundlegend verbessern. Mehr Qualität verlangt flächendeckend das Prinzip „Gute Arbeit!“.

Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte
15/2988	Gesetz zur Fortentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände, FDP	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 19.10.2011
15/2953	Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 20.10.2011
15/2944	Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften, LR	Vorschlag: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	1. Lesung 20.10.2011
15/2859	Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung November
15/2852	Änderung des Ordnungsbehördengesetzes, CDU	Innenausschuss	Ausschussberatung läuft
15/2851	Wiedereinführung einheitlich sozial-gestaffelter Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung und der Beitragsfreiheit, Linke	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	Ausschussberatung läuft
15/2803	Änderung des Justizgesetzes NRW u.a. Gesetze, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 19.-21.10.11
15/2793	Einführung der untergesetzl. Normenkontrolle, FDP	Rechtsausschuss	Ausschussberatung läuft
15/2775	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, LR	Sozialausschuss	2. Lesung 16./17. 11.2011
15/2768	Änderung der Verfassung, CDU, SPD und Grüne	Haupt- und Medienausschuss	2. Lesung 19.-21.10.11
15/2767	Gesetz zur Weiterentwicklung der Schulstruktur in NRW, CDU, SPD, Grüne	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 19.-21.10. 2011
15/2436	Änderung des Landesaltenpflegegesetzes, LR	Vorschlag: Sozialausschuss	Ausschussberatung 9.11., 2. Lesung 7./8.12.2011
15/2382	Änderung des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung, LR	Kommunalausschuss	2. Lesung 19.-21.10. 2011
15/2381	Änderung des Gesetzes zur Regelung der personalrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Folgen der Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts, LR	Kommunalausschuss	2. Lesung 19.-21.10. 2011
15/2380	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	Anhörung 30.11.2011

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte
15/2379	Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, LR	Wirtschaftsausschuss	Anhörung 18.10.2011
15/2371	Änderung des § 13 der Gemeindeordnung, CDU	Kommunalausschuss	2. Lesung 19.-21.10.11
15/2363	Änderung der Verfassung für NRW, SPD u. Grüne	Hauptausschuss	zurückgezogen
15/2362	Einführung der Gemeinschaftsschule, SPD, Grüne	Schulausschuss	zurückgezogen
15/2359	Änderung der Landesbauordnung, SPD, Grüne	Bauausschuss	Schriftliche Anhörung bis 15.11.2011
15/2356	Gesetz zur Abschaffung der Hochschulräte, Linke	Wissenschaftsausschuss	Sachverständigengespräch 16.12.2011
15/2325	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums	Innenausschuss	2. Lesung 19.-21.10. 2011
15/2225	Änderung des Gesetzes über die Seilbahnen, LR	Bauausschuss	Ausschussberatung November
15/2224	Änderung des Kommunalabgabengesetzes, LR	Schulausschuss	Ausschussberatung läuft
15/2209	Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, CDU, SPD, Grüne	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Ausschussberatung läuft
15/2151	Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung November
15/1915	6. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, CDU	Schulausschuss	zurückgezogen
15/1876	Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr	Ausschussberatung läuft
15/1875	Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes, LR	Wissenschaftsausschuss	Ausschussberatung läuft
15/1312	Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne	Innenausschuss	Ausschussberatung läuft
15/1068	Änderung der NRW-Verfassung (Artikel 83), CDU	Haupt- und Medienausschuss	Verfahrensverständigung erwartet
15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Ausschussberatung 9.11.2011
15/474	Bibliotheksgesetz und Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Abstimmung ausgesetzt

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung

In der Plenarsitzung vom 28./29. September wurden keine Gesetze verabschiedet.

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Viel Lob, aber auch viele Fragen

Schulkompromiss unter der Lupe der Experten

4. Oktober 2011 – Überwiegend positiv war das Urteil von Fachleuten über den Konsens von CDU, SPD und Grünen in Sachen Schule, der mit der Sekundarschule die Schaffung einer neuen Schulform beinhaltet. Aber es gab auch kritische Stimmen. Dabei ging es vor allem um das zukünftige Verhältnis von differenzierten Schulangeboten einerseits und integrativen oder inklusiven andererseits. Hier ein Auszug von Positionen, die in einer Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) sowie des Ausschusses für Kommunalpolitik (Vorsitz Carina Gödecke, SPD) vorgetragen wurden.

Die Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen seien gestärkt worden, betonten die Sprecher für den Städtetag (Claus Hebborn), den Städte- und Gemeindebund (Claus Hamacher) sowie den Landkreistag (Dr. Kai Zentara). Kritisch sahen alle drei die vorgeschlagenen Regelungen für ein Moderationsverfahren zwischen benachbarten Kommunen bei Fragen der Neugründung oder Schließung bestimmter Schulen. Der Städtetag möchte eine solche Einigung möglichst auf kommunaler Ebene erreichen können, der Städte- und Gemeindetag über die obere Schulbehörde, während der Landkreistag hierfür die Kreise vorschlägt.

Bildungsgerechtigkeit und die Durchlässigkeit des Bildungssystems waren die zentralen Themen vieler Expertinnen und Experten. Notwendig sei mehr gemeinsames Lernen von Kindern unterschiedlicher Begabungen und Herkunft. Hier sei der Gesetzentwurf ein Schritt in die richtige Richtung. Dieses Anliegen teilten unter anderen das Evangelische Büro (Dr. Wolfram von Moritz), der Deutsche Gewerkschaftsbund (Norbert Wichmann), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Dorothea Schäfer) und die Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen (Rainer Dahlhaus).

Allerdings kritisierte der Verein „Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen“ (Bernd Kochanek), dass das Maß von gemeinsamem Lernen für die kommenden zwölf Jahre nun davon abhängen, welche schulpolitischen Weichen in einer Kommune gestellt würden.

Ausschließlich für das Modell der inklusiven Gesamtschule eintretend wandte sich die LandeschülerInnenvertretung (Hannah Gnech) gegen den aktuellen Gesetzentwurf, der das mehrgliedrige Schulsystem weiter schütze.

Dieser Schutz und auch die Sicherung der Qualitätsstandards waren zwei wichtige Aspekte für die katholische Elternschaft Deutschlands (Dr. Herbert Heermann). Mit Blick auf den „Leistungsvorsprung des gegliederten Schulsystems“ befürchtete der Elternverein NRW (Regine Schwarzhoff) eine Nivellierung der Bildungsqualität nach unten. Um sowohl Über- als auch Unterforderung der Kinder zu verhindern, müsse eine Differenzierung nach Lernfähigkeiten mög-

lich sein. „Wir fürchten um die Qualifikation der Kinder, die diese Schulen mit integrativem Ansatz besuchen müssen“, kritisierte auch die Landeselternschaft der Realschulen (Johannes Papst) die geplante Sekundarschule.

„Sie haben keineswegs das Ziel der Einheitsschule aufgegeben“, warf Brigitte Balbach (Lehrer NRW, Verband für den Sekundarbereich) der Landesregierung vor. Der Gesetzentwurf benachteilige die aus ihrer Sicht bewährten Schulformen gegenüber der Sekundarschule.

Eine Benachteiligung von Kindern der Gesamt- und Realschulen und nun auch der Sekundarschulen gegenüber denen an Gymnasien sah umgekehrt der Landeselternrat der Gesamtschulen (Joachim Miekisch) hinsichtlich der Zulassung zur Oberstufe. Die Aufgabe der Hauptschulgarantie sei der richtige Weg, allen Kindern die besten Chancen zu gewähren.

Mit Blick auf das Erfolgsmodell „Katholische Hauptschule“ mahnte Prälat Hülskamp vom Katholischen Büro davor, dass die Finanzknappheit von Kommunen nicht dazu führen dürfe, dass es faktisch zu einer weitgehenden Überleitung der Hauptschulen in Sekundarschulen komme.

Ohne geringere Anforderungen an die Mindestgröße der Schulen befürchtete der Verband Bildung und Erziehung (Udo Beckmann) eine Schließung von Grundschulstandorten. Grundschulverbände lösten die Probleme nicht. Als Konsens mit „historischem Datum“ hingegen bewertete der Philologen-Verband NRW (Jürgen Baues) die gefundene Regelung.

Die Zusammenarbeit der Sekundarschulen mit weiterführenden Schulen müsse insbeson-

dere auch die Berufskollegs miteinschließen, forderten der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs (Wolfgang Brückner) sowie der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftskollegs (Elke Vormfenne).

Die Ergänzung des Bildungsangebots durch Schulen in freier Trägerschaft war der Arbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen (Wilfried Bialik) wichtig. Der Verband Deutscher Privatschulen (Eva Lingen) kritisierte, der vorliegende Gesetzesvorschlag beachte nicht die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit eben dieser Schulen.

Der Aufbau einer neuen Schulform dürfe nicht zum Abbau von Lehrerstellen an anderen Schulen führen, forderte die Rheinische wie auch die Westfälische-Lippische Direktorenvereinigung (Konrad Großmann) angesichts vieler neuer Aufgaben.

Der Schulkonsens lasse zahlreiche Fragen offen und Sorge für Irritationen, kritisierte die Landeselternkonferenz (Eberhard Kwiatkowski) unter anderem mit Blick darauf, welche Möglichkeiten es dann im Anschluss an die Sekundarschule gebe. Ein Fehlen der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention bemängelte die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter (Dr. Willibert Strunz).

Die Gymnasien brauchten nun Planungsrufe, um guten Unterricht erteilen zu können, begrüßte die Landeselternschaft der Gymnasien (Dr. Uwe Maerz) den Gesetzentwurf.

cw

Foto:
by-studio,
Fotolia



Anhörung Verfassungsänderung

Große Einigkeit gab es bei einer Anhörung von Haupt- und Medienausschuss (federführend) und dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zum „Gesetz zur Änderung der Verfassung“, das mit dem Schulgesetz einhergeht. Sowohl Rechtsexperten als auch die kommunalen Spitzenverbände hatten keine Bedenken gegen die geplante Abschaffung der Bestandsgarantie für die Hauptschule.

Wertvoller Abfall

Anhörung zum geplanten Kreislaufwirtschaftsgesetz

13. Oktober 2011 – Abfall ist nicht gleich Abfall. Das, was wir heute wegwerfen, kann Rohstoffe enthalten, die wir morgen brauchen. Daher kann Abfall auch ein lukratives Geschäft sein, wie die aktuelle Debatte um die geplante neue Wertstofftonne zeigt. Soll man daher den Spielraum für gewerbliche Sammler ausweiten? Oder soll man die Abfälle und damit die aus ihnen resultierenden Einnahmen den Kommunen zugestehen? Zentrale Fragen für eine kontroverse Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) über die Neuordnung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, die derzeit in Bundestag und Bundesrat beraten wird.

Würden die Wertstoffe fehlen, müssten wir mit steigenden Müllgebühren für die Bürgerinnen und Bürger rechnen, erklärten die Vertreter der kommunalen Abfallwirtschaft. „Wir sind immer da, auch wenn es keine Einnahmen gibt“, erläuterte Bernd Westemeyer (Entsorgung Herne) und betonte, die Kommunen böten einen qualitativen Vollservice. Patrick Hasenkamp (Verband kommunaler Unternehmen in der Abfallwirtschaft) wies darauf hin, dass die Kommunen die Entsorgungssicherheit gewährleisten müssten. Von daher müssten sie entsprechende Entsorgungskapazitäten zur Verfügung stellen. Wenn im Abfall enthaltene Wertstoffe zukünftig flächendeckend von gewerblichen Unternehmen eingesammelt würden, bedeute dies wegfallende Einnahmen für die kommunale Abfallwirtschaft und damit für die Kommunen. Die Folge sei, dass dann die Kosten für die kommunale Müllbeseitigung steigen würden.

Für Dr. Peter Queitsch (kommunale Spitzenverbände) ist das deutsche System in Europa vorbildlich. Es sei gekennzeichnet durch Verlässlichkeit und sichere flächendeckende Strukturen. Außerdem seien innerhalb einer Kommune die Gebühren für jedermann gleich – egal ob dieser im Zentrum oder am Waldrand wohne. Mit Blick darauf lautete die Wertung

von Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anpassung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes gefährdet in massiver Weise den Bestand der öffentlichen (kommunalen) Abfallentsorgung und die Stabilität der Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger.“

Diese Ansicht teilte auch der Rechtsexperte Dr. Ralf Gruneberg, der auch vor dem Hintergrund der europäischen Abfallrahmenrichtlinie auf den weiten Gestaltungsspielraum zugunsten der entsprechenden kommunalen Dienstleistungen hinwies. Gleiches erklärte auch Rechtsanwalt Dr. Holger Thärichen mit Verweis auf den Vertrag von Lissabon, der das kommunale Selbstverwaltungsrecht ebenso wie die Stellung der Gemeinden als Anbieter von Leistungen der Daseinsvorsorge gestärkt habe.

Wann ist ein kommunales Angebot zur Müllentsorgung schützenswert?, fragte andererseits der Rechtsexperte Dr. Alexander Schink nach. Jedenfalls dann, wenn dadurch die Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers sichergestellt werde. Doch wenn dieser, also die Kommune, nicht in der Lage sei, die Sammel- und Verwertungsleistungen in gleicher Qualität, Effizienz und Dauer zu

erbringen wie ein privates Unternehmen, dürfe einem entsprechenden gewerblichen Engagement nichts im Wege stehen. Daher forderte Schink eine Konkretisierung der öffentlichen Interessen, die einer gewerblichen Sammlung entgegenstehen könnten. Dies gebiete auch das EU-Recht. Im Abfall enthaltene Wertstoffe unterliegen seiner Meinung nach der Warenverkehrsfreiheit. Wenn man diese einschränke, müsse man dies begründen.

Eine generelle Pflicht der Bürgerinnen und Bürger, ihre Abfälle den Kommunen zu überlassen, bestritt auch der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft und stützte damit die Auffassung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Nach EU-Recht sei eine solche Pflicht nur für gemischt gesammelte Siedlungsabfälle sowie Abfälle zur Beseitigung zulässig. Alle weiteren Abfallströme dürften ihr nicht unterworfen werden. Peter Kurth als Vertreter dieses Verbandes erläuterte, immerhin würden 85 bis 90 Prozent der Anlagen zur Aufbereitung von Wertstoffen von privaten Unternehmen betrieben. Mit den durch Überkapazitäten bei der Müllverbrennung entstandenen niedrigen Preisen könne aber eine solche Aufbereitung nicht mithalten. Eric Rehbock vom Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung hielt daher angesichts zukünftigen Rohstoffmangels Regelungen in diesem Bereich für notwendig.

Die Abfallwirtschaft sei eine Branche, die von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen geprägt sei, meinte Gerd Walter (Verdi). Durch das neue Gesetz befürchtete er eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sowie der Entlohnung. Die Arbeitsplatzsicherheit wie auch der Gesundheitsschutz seien gefährdet, meinte auch Willy Görtz (Betriebsrat, Abfallwirtschaftsgesellschaft Wuppertal). *cw*



Foto: Schälte



Freiheit, Einheit, Freude

Unter diesem Motto waren beim sechsten NRW-Tag wieder Hunderttausende auf den Beinen. Vom 1. bis 3. Oktober lud die Bundesstadt Bonn in das Gebiet um Markt und Schloss ein, denn das Landesfest war verbunden mit den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. Hier durfte auch der Landtag Nordrhein-Westfalen nicht fehlen. Er präsentierte sich nicht nur mit Informationen zu Aufgaben und Funktionsweise des Landesparlaments, sondern vor allem auch mit zahlreichen Abgeordneten, die den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort standen. Allen voran Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg und die weiteren Präsidiumsmitglieder Carina Gödecke, Oliver Keymis, Angela Freimuth und Gunhild Böth. Auch die Fraktionen waren Anlaufstelle zahlreicher Besucherinnen und Besucher, die sich über deren jeweilige politischen Ziele und Standpunkte informierten. Auf der Landtagsbühne stellten sich Abgeordnete wie auch Regierungsmitglieder dem Publikum vor und erläuterten ihre Positionen. Von Kinderquiz über Broschüren bis hin zu Quietsche-Enten mit Landeswappen – für jeden war an den Ständen des Landtags etwas dabei. Und wer wollte, konnte auch gleich vor Ort seine Anliegen beim Petitionsausschuss loswerden. Hier einige Impressionen.

Fotos: Henkel

- Ein Video zum NRW-Tag finden Sie auf der Internetseite des Landtags (www.landtag.nrw.de).



Aus den Fraktionen

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Rot-grüne Streichliste bedeutet Aus für über 100 Ortsumgehungen

Ende September hat SPD-Verkehrsminister Voigtsberger eine Streichliste für den Straßenbau in NRW vorgestellt. Demnach fallen über 100 dringend benötigte Ortsumgehungsstraßen der Streichorgie der rot-grünen Minderheitsregierung zum Opfer. „Die Minderheitsregierung betreibt eine Politik zum Schaden der Menschen in unserem Land“, erklärt Bernhard Schemmer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Diese Streichliste bedeute für viele Menschen ein Ende der Hoffnung auf weniger Verkehr in ihrer Ortschaft. Weniger Lärm und mehr Verkehrssicherheit am Wohnort seien aber ein hohes Gut. Schemmer: „Diese Minderheitsregierung will keine



Bernhard Schemmer (CDU)

Straßen bauen und versteckt sich hinter fadenscheinigen Begründungen.“
So begründet die Minderheitsregierung ihre Prioritätensetzung damit, dass sie Geld aus dem Etat für den Straßenneubau in den Straßenunterhalt umschichten wolle. Fakt ist, dass Rot-Grün den Gesamtetat für den Straßenbau massiv gekürzt hat. 2011 gibt Nordrhein-Westfalen 6,5 Millionen Euro weniger für Erhalt und Neubau aus als 2010. Weiter gibt Rot-Grün vor, mit der Streichliste mehr Transparenz in den Straßenbau bringen zu wollen. Fakt ist, dass die Landesregierung bei der Aufstellung der Prioritätenliste bewusst auf die Einbeziehung der Fachleute vom Landesbetrieb Strassen.NRW verzichtet hat. Und sie hat den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim Landesbetrieb untersagt, den Abgeordneten des Landtags Auskunft über einzelne Straßenbauprojekte zu erteilen. „Ist das wieder ein Beispiel für die von Frau Kraft propagierte ‚neue Gesprächskultur‘ dieser Minderheitsregierung?“, fragt sich der CDU-Verkehrsexperte. Er fordert die SPD auf, sich endlich gegen ihren kleinen Koalitionspartner zu behaupten und zu einer vernünftigen Verkehrspolitik wie vor 2010 zurückzukehren. Schemmer: „Da können Kraft und Voigtsberger tatsächlich noch von Wowereit lernen!“



Stadt und Land – Hand in Hand



Auf Einladung von SPD-Fraktionschef Norbert Römer trafen sich Mitte Oktober die sozialdemokratischen Spitzen aus den Rathäusern im Düsseldorfer Landtag. Diese kommunalpolitische Konferenz hat eine lange Tradition, da es kaum ein landespolitisches Thema gibt, in dem die Städte und Gemeinden keine wesentliche Rolle spielen. Ganz im Sinne von Johannes Rau – „Wenn es den Städten gut geht, geht es dem Land gut“ – stand vor allem die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden im Fokus: Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen wieder handlungsfähig werden und Zukunftsperspektiven haben. Denn in den Städten, die keine finanziellen Handlungsspielräume mehr haben, ist die Daseinsvorsorge in ihrer Substanz gefährdet. Nur starke Städte, Gemeinden und Kreise können ihren Einwohnerinnen und Einwohnern Lebensqualität und Sicherheit gewährleisten.

Vor allem die bundesgesetzlich definierten Leistungsansprüche, die Sozialausgaben vorneweg, drohen die Kommunen zu ersticken. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist den Gemeinden per Gesetz vorgeschrieben. Sie können also nicht mehr frei darüber entscheiden, ob sie diese Leistungen erbringen möchten, sondern allenfalls, wie die Leistungen konkret erbracht werden sollen. Der Adressat, diese Fesseln zu lockern, ist aber vielfach das Land. Diesen Auftrag nimmt die SPD-Landtagsfraktion sehr ernst. Gleichzeitig baut die rot-grüne Koalition die Hilfen für die Kommunen aus: Mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ unterstützt das Land gezielt die überschuldeten Kommunen, um ihre Finanzen wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Sie sorgt damit endlich wieder für Licht am Ende des Tunnels. Dabei stellt der Stärkungspakt nur einen Baustein des Gesamtkonzepts zur Sanierung der Kommunalfinanzen dar, bei dem die SPD-geführte Koalition seit ihrem Start bereits rund eine Milliarde Euro bewegt hat.



Solidarität darf sich nicht an der Himmelsrichtung orientieren

Seit nunmehr gut 20 Jahren gibt es den Solidaripakt, der dafür sorgen sollte, dass die ostdeutschen Bundesländer in ihrem Aufbau unterstützt werden und etwa das Niveau der Infrastruktur an die „alten Bundesländer“ angeglichen wird. Nach diesem langen Zeitraum müssen aus Sicht der Grünen Landtagsfraktion die Kriterien, die diesem Pakt zugrunde liegen, überprüft werden. Tatsächlich ist es so, dass etwa inzwischen der Landtag von Brandenburg sich überlegt, wie er sein Festgeld anlegen soll. Gleichzeitig muss eine Reihe hochverschuldeter Kommunen in NRW Ausgaben für Kultur drastisch kürzen und Schwimmbäder schließen und nach wie vor Milliarden in den Solidaripakt zahlen. Diese Mittel werden meist kreditfinanziert.

Eine zukünftige Regelung darf sich nicht ausschließlich an Himmelsrichtungen ausrichten. Bedürftige Kommunen in den östlichen



Foto: Holger B. – Fotolia.com

Bundesländern müssen ebenso solidarisch unterstützt werden wie solche im Westen, Norden oder Süden. Deshalb haben SPD und Grüne im Koalitionsvertrag vereinbart, sich als Land dafür einzusetzen, die Kriterien des Paktes zu überarbeiten. Aus Grüner Sicht ist es notwendig, dass wir den Solidaripakt Ost in einen Solidaripakt für finanzschwache Länder und Kommunen überführen. Unsere extrem finanzschwachen Kommunen müssen dann davon freigestellt werden, auch noch Mittel in den Solidaripakt zu zahlen.

Zudem sollten Teile der Mittel aus dem Solidaripakt in einen Bildungssoli umgewandelt werden, so dass dieses Geld auch in den Ausbau der Betreuungsplätze und Hochschulkapazitäten fließen kann. Gerade beim U3-Ausbau haben wir hier in NRW einen riesigen Aufholbedarf, weil die Entwicklung in den vergangenen Jahren verschlafen wurde. Und Geld, das in Bildung investiert wird, ist gut angelegt. ■



Rasche: Rot-Grüne Streichliste bedroht den Wirtschaftsstandort

Ein Jahr lang hat die rot-grüne Landesregierung ihre Pläne zur Straßenbaupolitik unter Verschluss gehalten. Jetzt hat die Koalition ihre sogenannte „Priorisierungsliste“ vorgelegt. Die Folge: Mehr als 150 Projekte im Land stehen vor dem Aus. Die FDP-Fraktion befürchtet eine Stauwelle und massive Nachteile für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. „Die Landesregierung betreibt Planungs-willkür auf dem Rücken der Bürger und Unternehmen in NRW“, kritisiert Christof Rasche, verkehrspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion. SPD und Grüne haben eine radikale Streichung von Straßenbauprojekten beschlossen, obwohl deren Notwendigkeit auf Landes- und Bundesebene sorgfältig gutachterlich bewertet und gesetzlich festgestellt worden war. Ortsumgehungen und Lückenschlüsse, auf die Bürger mitunter seit Jahrzehnten warten, stehen nun vor dem Aus. Harsche Kritik übt Rasche vor allem daran, dass Rot-Grün bisher jede Auskunft darüber verweigert, warum ein Projekt vor Ort gestrichen wird. „Die Bürger haben aber ein Recht darauf zu erfahren, warum ihre Innenstädte nicht vom Verkehr befreit werden.“ Fest steht: Von 116 Maßnahmen der Stufe 1 des Landesstraßenbedarfsplans werden nach den Plänen von SPD und Grünen 79 gestrichen, von 174 Maßnahmen im vordringlichen Bedarf des Bundes 78. „Die Folge der rot-grünen Verkehrspolitik ist eine verantwortungslose Blockade von Mobilität und Wachstum.“

Vor dem Hintergrund, dass in den kommenden Jahren ein massiver Zuwachs im Güter- und Containerverkehr bevorsteht, sind die rot-grünen Pläne eine Katastrophe für NRW. „Auf zahlreichen Straßen wird der Güterverkehr in den kommenden Jahren um über 100 Prozent ansteigen“, erläutert Rasche. Neben dem Ausbau von Schienen- und Wasserwegen müsse daher ein erheblicher Ausbau des Straßennetzes erfolgen. Die FDP werde die verheerende Straßenbaupolitik der Landesregierung verstärkt im Landtag zum Thema machen. ■



Christof Rasche (FDP)



Für ein neues Mobilitäts- und Logistikkonzept in Nordrhein-Westfalen

Die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen war in den letzten Jahrzehnten einseitig auf die Förderung des motorisierten Güter- und Individualverkehrs ausgerichtet, die anderen Verkehrsträger fielen dagegen zurück. In NRW haben wir daher das dichteste Straßennetz in ganz Europa, nirgendwo sonst gibt es ein so engmaschiges Autobahnnetz, und nirgendwo in Deutschland gibt es täglich so viele Staus.

Das für NRW wichtige Projekt einer leistungsfähigen und schnellen Nahverkehrsverbindung zwischen dem Ruhrgebiet und dem Düsseldorfer und Kölner Raum wird dagegen immer weiter verzögert. Im Nah- und Regionalverkehr könnte mit dem Rhein-Ruhr-Express ein Mehrverkehr von insgesamt 31.200 Personenfahrten/Tag geleistet werden. Mit dem RRX ließen sich im Vergleich zu heute 290 Mio. Pkw-Km je Jahr einsparen – ein enormer Beitrag für den Klimaschutz. Die Autobahnen könnten so entlastet werden, kostspielige Ausbaumaßnahmen würden sich erübrigen. Die Landesregierung muss die Bundesregierung auf die Einhaltung der bestehenden Verträge mit dem Land NRW verpflichten und alles dafür tun, um den RRX schnellstmöglich zu verwirklichen.

Es ist höchste Zeit, für NRW ein nachhaltiges Mobilitäts- und Logistikkonzept zu entwickeln und zu verwirklichen. Nur so kann die Politik einen umfassenden Beitrag zum Menschen-, Natur- und Klimaschutz leisten. Die einzelnen Verkehrsträger müssen in Zukunft noch besser vernetzt werden. Personen- und Güterverkehr müssen gleichberechtigt in das Konzept einbezogen werden. NRW braucht ein Konzept für den Güterverkehr, das nicht nur den Interessen der Logistik-Branche und der Exportwirtschaft dient. Schienen- und Wasserwege haben das größte Potential diese Güterverkehrsströme aufzunehmen. Es müssen klare Perspektiven aufgezeigt werden, wie mehr Güter mit der Bahn und dem Binnenschiff transportiert werden können. Das Konzept muss mit den Nachbarländern Belgien und Niederlanden abgestimmt werden. Diese Planung muss eingebunden sein in ein Gesamtverkehrskonzept für NRW, das auch eine Verlagerung des Personenverkehrs auf die Schiene ermöglicht und den ÖPNV mit einem echten Sozialticket für alle Nutzer insgesamt attraktiver macht. Die Landesregierung muss die Mittel für die Entwicklung und Umsetzung eines solchen innovativen und nachhaltigen Verkehrskonzeptes für das gesamte Land bereitstellen. ■



Verlorene Jahre?

Die CDU-Opposition in der Ära Johannes Rau

„Opposition ist Mist“ – Dieser Ausspruch, der besonders durch den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering geprägt wurde, wäre auch ein passender Titel für Guido Hitzes Buch zur Geschichte der nordrhein-westfälischen CDU 1975 bis 1995 gewesen. Denn die Union in Nordrhein-Westfalen hat in der Zeit so ziemlich alle Tiefen durchgemacht, die man sich für eine politische Formation in der Opposition vorstellen kann.

Dabei war – oberflächlich betrachtet – die Ausgangslage gar nicht so schlecht: Aus der Landtagswahl 1975 war die oppositionelle CDU (seit 1966) mit 47,1 % als stärkste Partei hervorgegangen. Auch innerhalb der Bundes-CDU waren die beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe mit gut einem Drittel der Delegierten ein gewichtiger Machtfaktor.

Jedoch ging es in den folgenden 20 Jahren mit der Wählergunst bergab, ganz zu schweigen von der fehlenden Möglichkeit, die Landesregierung zu stellen oder vom Einfluss in der Bundes-CDU, der im Schwinden begriffen war.

Der Historiker Guido Hitze, zur Zeit der Entstehung der Studie wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und heute Referatsleiter in der Landeszentrale für politische Bildung, hat über Jahre hinweg im Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen veröffentlichtes und unveröffentlichtes Quellenmaterial ausgewertet und viele Gespräche mit Zeitzeugen geführt, um zu ergründen, wie es zu der „langanhaltenden Schwächeperiode“ der CDU in Nordrhein-Westfalen kommen konnte.

Herausgekommen ist ein imposantes Werk in drei Bänden mit mehr als 3.000 Seiten, das durchweg spannend zu lesen ist. An manchen Stellen geht es wie in einem Krimi zu – etwa wenn die innerparteilichen Intrigen gegen den Oppositionsführer Kurt Biedenkopf (1980-1983) bzw. den Gründungsvorsitzenden Biedenkopf des frisch fusionierten Landesverbandes der NRW-CDU (1986/87) geschildert werden oder wenn es um längst vergessene landespolitische Affären geht, beispielsweise die Pannenserie bei der blutigen Beendigung des Gladbecker Geiseldramas (1988).

Zu den besten Passagen Hitzes zählt die präzise und pointierte Darstellung des „Systems Johannes Rau“. Dessen Art, mit gegenseitiger politischer Teilhabe zu regieren und Oppositionspolitiker bei weniger wichtigen Positionen gezielt einzubinden, war in den Jahren 1980 bis 1995 überaus erfolgreich. Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte spricht von einer Hegemonialphase der SPD, Hitze spricht gar von der „strukturellen Domestizierung Nordrhein-Westfalens durch die SPD“.

An dem schon nach wenigen Regierungsjahren populären und scheinbar unangreifbaren Ministerpräsidenten Johannes Rau haben sich

alle CDU-Oppositionsführer abarbeiten müssen. Ob nun der „kommunikativ und daher integrativ wirkende“ Heinrich Köppler (1970-1980) oder der wirtschaftsliberale Rechtsprofessor Kurt Biedenkopf (1980-1983), der sicherlich der gedankenreichste und pointierteste Gegenpart des sozialdemokratischen Regierungschefs war. Aber er kam mit dem „spezifisch rheinischen Klüngelsystem“ nicht zurecht. Außerdem störte er die Kreise des CDU-Bundvorsitzenden und späteren Bundeskanzlers Helmut Kohl. Anders der Pulheimer Landrat Bernhard Worms (1983-1990), der in der Landespolitik verankert und ein Freund des Kanzlers war. Während Biedenkopf polarisierte, war Worms' Politikstil integrativ und kooperativ. Das reichte nicht, um Rau in Gefahr zu bringen.



Guido Hitze:
Verlorene Jahre?

Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975 bis 1995 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 45, 3 Teilbände), Düsseldorf 2010, Droste-Verlag, 149 Euro

Auch beim Wähler kam der CDU-Spitzenmann Worms im Vergleich mit dem im Zenit seiner Popularität stehenden SPD-Ministerpräsidenten Johannes Rau nicht an. Mit 36,5 % der Stimmen landete die CDU bei den Landtagswahlen 1985 weit abgeschlagen hinter der SPD, die mit einem Stimmenanteil von 52,1 % eine satte absolute Mehrheit erzielte. Auch die Neustrukturierung der CDU, die ihre beiden rivalisierenden Landesverbände Rheinland und Westfalen fusionierte, brachte keine wirkliche Trendumkehr – und das, obwohl 1987 nach ständigen Querelen mit dem Landesvorsitzenden Norbert Blüm ein personeller Neuanfang gewagt wurde. Der „Muntermacher“ Blüm vermochte es allenfalls, das Landtagswahlergebnis von 1985 zu stabilisieren. Erst der neue Fraktionsvorsitzende Helmut Linsen (1990-1999) vermochte die CDU-Landtagsfraktion zur Geschlossenheit und konzentrierter Sacharbeit zurückzuführen.

Hitze kommt das Verdienst zu, die Probleme der CDU als Oppositionspartei in Nordrhein-Westfalen detailliert, schonungslos und umfassend aufgearbeitet zu haben. Besonders lesenswert sind die Analysen der landespolitischen Auseinandersetzungen auf zentralen Politikfeldern: Deutlich wird, welche Schwierigkeiten die Union hatte, im Spannungsfeld zwischen ungebrochener Loyalität zur schwarz-gelben Bundesregierung und der SPD-Hegemonie in Nordrhein-Westfalen ein eigenständiges, konsistentes Politikangebot zu formulieren. Besonders sichtbar wird das im Bereich der Energiepolitik, in dem sich die Union in NRW in den 1980er-Jahren einerseits zum einsamen Verfechter der Kernenergie und andererseits – nicht zuletzt unter dem Druck der SPD – zum Anwalt der Kohlelobby machte.

Dabei war es Bundeskanzler Helmut Kohl, der es verstand, sowohl bei seinen Parteifreunden an Rhein und Ruhr (z.B. durch die Unterstützung des Kampfes gegen den innerparteilichen Widersacher Kurt Biedenkopf) als auch im Verbund mit der sozialdemokratischen Landesregierung (z.B. durch die Montankonferenz im Februar 1988) immer wieder beherzt in das Geschehen einzugreifen. Die CDU im Landtag Nordrhein-Westfalen stand dabei permanent in dem Oppositionsdilemma zwischen Konfrontation und Kooperation.

So ganz nebenbei hat Hitze mit seinem beeindruckenden Werk nicht nur die Historie der CDU-Landespartei und Landtagsfraktion, sondern darüber hinaus ein Stück nordrhein-westfälischer Zeit- und Parlamentsgeschichte geschrieben. Darin ist auch der politische Zeitgeist der 1970er- und 1980er-Jahre eingefangen. Dabei ähneln die Themen verblüffend den heutigen: Seien es nun die unterschiedlichen Auffassungen um die richtige Schul- und Bildungspolitik oder das Problem der steigenden Staatsverschuldung. Auch die energiepolitischen Auseinandersetzungen um die Kernenergie wirken heute noch nach, wobei der „Schnelle Brutreaktor“ in Kalkar und der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop als innovative Reaktorlinien aus Nordrhein-Westfalen schon längst vergessen scheinen.

Darüber hinaus erfährt man viel Aufschlussreiches aus der Arbeit im alltäglichen Parteien- und Parlamentsbetrieb oder über die strukturellen Schwierigkeiten einer Opposition im bundesdeutschen Länderparlamentarismus. Aber auch der menschliche Faktor in der Politik kommt nicht zu kurz, etwa wenn Hitze kenntnisreich die Stärken und Schwächen des CDU-Spitzenpersonals analysiert.

Hitze ist mit seinem Werk eine stimmige Synthese aus Struktur- und Personengeschichte gelungen. Damit wird die in der Einleitung skizzierte Fragestellung überzeugend eingelöst. Denn: „Politik ist immer die Summe aus Strukturen und Personen mit ihren individuellen Stärken, Vorlieben, Fehlern und Schwächen.“ (Zitat aus dem besprochenen Band, 1. Teilband, S. 12)

Anselm Tiggemann

Porträt: Sigrid Beer (Grüne)



Irgendwann, als das Gespräch mit Sigrid Beer schon längst vorüber ist, beginnt das Wort „quer“ plötzlich zu schimmern, wie eine diskrete Hintergrundbeleuchtung in ihrer Biografie. Sigrid Beer hat es nur einmal benutzt, als sie sagte, sie sei eine „politische Quereinsteigerin“ gewesen. Doch dieses „quer“ steht noch für mehr. Sie ist als Andersdenkende in einer Heimstatt des zweifachen Konservatismus groß geworden, in Paderborn, Erzbistum der katholischen Kirche und Hochburg der Christdemokratie. Sie ist das glatte Gegenteil eines Paderborner Klischees und sie kokettiert gekonnt damit: „Ich bin typisch für Paderborn – Frau, grün, evangelisch“, sagt sie lächelnd.

Die 55-Jährige kennt sich aus in der Opposition und in der Minderheit. Deshalb entbehrt es nicht der Tragikomik, dass Sigrid Beer 2005 erstmals per Grünen-Landesliste in den Landtag kam, just als CDU und FDP ihren Wahlsieg errangen. Sie blieb in der Opposition. Fünf Jahre später reicht es nach der Landtagswahl gerade eben für eine rot-grüne Minderheitsregierung. Doch als allzu machtlos oder instabil empfindet sie das Bündnis nicht: „Wir haben bisher für alle wichtigen Projekte die notwendige Mehrheit bekommen.“ Obendrein scheint Beer als parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion mit diesem strapaziösen Zustand gut zurechtzukommen. „Ich fühle mich so langsam richtig ausgelastet“, sagt sie und wirkt nicht einmal angestrengt dabei.

Eine Kümmererin ist die Ostwestfälin, eine Quergängerin zwischen den Fraktionen, eine Vermittlerin, die keine Scheu zeigt vor den Linken, der FDP – und vor der CDU sowieso nicht. Sie kennt ihre Stärken: „Mediation“ und „Moderation“. Die gläubige Protestantin sagt, dass sie über einen ruhigen Schlaf und stabile Nerven

verfüge, von Natur aus, „ohn' all Verdienst und Würdigkeit, allein von Gnaden“, sagt sie in Erinnerung an den Katechismus. Sie spricht über Verlässlichkeit wie eine Tugend. Darauf legt sie großen Wert, wenn man sie auf die verpatzte erste WestLB-Abstimmung Ende Juni anspricht. Da möchte sie für die damals dilettierende SPD nicht in Mithaftung genommen werden. Insgesamt lobt sie das „gute Binnenverhältnis“ in der Koalition: „Die Chemie stimmt.“ Es klingt nicht einmal zweckdiplomatisch, sondern zufrieden.

Die herausfordernde Aufgabe einer PG seit dem Regierungswechsel 2010 hat sich gut gefügt mit der familiären Situation. Ihre drei Kinder sind zwischen 25 und 32 Jahren alt, sonst wäre es nicht möglich gewesen, sagt sie. In der Woche übernachtet sie im Gästehaus des Landtags, donnerstags fährt sie gen Ostwestfalen, sonntags kehrt sie zurück. Eine Politikerin auf Montage, die ausgestattet ist mit vielen Mitgliedschaften und Ehrenämtern, sei es im Förderverein einer Gesamtschule, der Stadtbibliothek oder als nebenamtliches Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Erst Mitte der 90er-Jahre wurde sie richtig politisch aktiv, als „Quereinsteigerin“, wie sie selbst sagt. Sie tritt mit einer Bürgerinitiative für die Gründung einer Gesamtschule in Paderborn. Sie wurde sachkundige Bürgerin in einem Bezirksausschuss; 1999 trugen die Grünen ihr die Mitgliedschaft und ein Ratsmandat an. Zwei Ansinnen rechnet Beer den Grünen hoch an: „Bildungsgerechtigkeit“ und „Bewahrung der Schöpfung“.

In der Fraktion hat sie sich auf Bildungs- und Schulpolitik spezialisiert. Sie hat Erziehungswissenschaften studiert, dazu noch Psychologie, Soziologie und Theologie. Die Diplom-Pädagogin war selbstständig in der Schulberatung und Schulentwicklung tätig, auch an der Universität Paderborn. Diese Expertise nutzt sie in der Fraktion als Sprecherin im Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Sie mag sich nicht allein aufs Organisatorische einer PG beschränken.

Wenn sie über die Arbeit im Landtag spricht, dann hebt sie einen Ausschuss besonders hervor: „Da sehen sie die Lebenswirklichkeit der Menschen.“ Sigrid Beer meint ein Gremium, das meist in der Öffentlichkeit unbeachtet bleibt. Im Petitionsausschuss muss sie sich um Bitten verzweifelter Menschen kümmern. Da geht es nicht abstrakt ums große Ganze, sondern um das Schicksal Einzelner. Einmal hat sie im Parlament betont, das Petitionsrecht sei ein „besonderes Grundrecht“ aller Menschen in Nordrhein-Westfalen. Und die Ausschussarbeit sei hilfreich, „sich zu erden“, sagt Sigrid Beer im Gespräch. Sie achte auf die Balance zwischen Himmel und Erde.

Kristian Frigelj

FCL: Dritter Platz beim Herbst-Turnier

Einen ehrenvollen dritten Platz belegte der FC Landtag NRW beim Herbst-Turnier im Düsseldorfer Paul-Janes-Stadion. In den beiden entscheidenden Spielen jedoch patzte das von der Troika Hubert Kleff, Stefan Wiedon und Willi Nowack angeführte Team. Es fehlte die Konzentration, die Kräfte waren geschwunden. Im Überschwang einer vermeintlichen Überlegenheit spielte der FCL zu offensiv und machte es der gut eingespielten Elf des SV Brilon leicht, mit allerdings klug gesetzten Kontern erfolgreich zu sein. 1:3 lautete schließlich das Endergebnis. Der FCL-Treffer, mit fulminantem Schuss erzielt, bedeutete lediglich Kosmetik und konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass jegliche Struktur im Mannschaftsgefüge des Parlamentsteam verloren gegangen war. Das besserte sich zunächst auch nicht im Match gegen die NRW-Bank. Im Gegenteil: Durch Hin- und Hergeschiebe des Balles vor dem eigenen Strafraum brachte sich der FCL immer wieder selbst in Gefahr und lud die spritzigen jungen Stürmer der NRW-Bank geradezu zum Toreschießen ein. Hinzu kamen haarsträubende individuelle Fehler – und hätte nicht Carsten Herlitz im FCL-Kasten mit phantastischen Reflexen aufgewartet, das Team hätte sehr schnell hoffnungslos zurückgelegen. So stand es nur 0:2 zur Pause, und der FCL versuchte es in der zweiten Halbzeit nochmals. Jan Viwegger erzielte den Anschluss mit einem sehenswerten Dribbling, bei dem er vier NRW-Banker austanzte. Dabei blieb es jedoch, trotz weiterer Bemühungen. Insgesamt war der FCL zu verkrampt und schließlich froh, als der Schlusspfiff ertönte. Die anstrengende Woche mit Anhörungen und Plenarsitzungen steckte wohl doch noch in Knochen und Köpfen.

Hans Zimmkann

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marc Herter MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Özlem Alev Demirel MdL (Linke), Parlamentarische Geschäftsführerin; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg
Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 19. Oktober bis 15. November 2011

23.10. Schemmer, Bernhard (CDU)	61
25.10. Rickfelder, Josef (CDU)	60
25.10. Gödecke, Carina (SPD)	53
28.10. Bolte, Matthi (Grüne)	26
29.10. Jahl, Armin (SPD)	64
3.11. Kramer, Hubertus (SPD)	52
4.11. Eiskirch, Thomas (SPD)	41
7.11. Neumann, Josef (SPD)	51
8.11. Asch, Andrea Ursula (Grüne)	52
15.11. Ünal, Arif (Grüne)	58
17.11. Brunert-Jetter, Monika (CDU)	56

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

21.10. Krings, Josef (SPD)	85
28.10. Jansen, Hermann (SPD)	80
8.11. Knoll, Horst-Erhardt (FDP)	80
12.11. Schmitz, Hermann Josef (CDU)	75

Verstorben

9.8. Alfred Gärtner (SPD), MdL 1972-1975

Treffen & Termine

2.11. **Zentrale Gedenkveranstaltung** des Landes Nordrhein-Westfalen in der Bürgerhalle des Landtags zum 70. Jahrestag des Beginns der Deportationen jüdischer Bürgerinnen und Bürger im Herbst 1941

2.11. bis 24.11. **Ausstellung** „Deportiert ins Ghetto. Die Deportationen der Juden aus dem Rheinland im Herbst 1941 in das Ghetto Litzmannstadt (Łódź)“

8.11. **Festveranstaltung** „50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen“

8.11. bis 2.12. **Ausstellung** „50 Jahre Migration aus der Türkei: Geschichte, Gegenwart und Zukunft“, in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland sowie dem Verband türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa

12.11. **Landesfeier Volkstrauertag**, Rheine

13.11. **Kranzniederlegung Nordfriedhof**

23.10., 30.10., 6.11. **Besuchersonntag**

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälät Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 20. Oktober 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Bürgerengagement geehrt

Ost und West – ein Gegensatz in der Geographie, nicht aber zwischen Menschen. Das Bauen notwendiger Brücken verlangt dennoch Einsatz und Anstrengung. Fast ein halbes Jahrhundert getrennter Geschichte lässt sich eben nicht einfach beiseiteschieben. „Mit dem ‚einheitspreis – Bürgerpreis zur Deutschen Einheit‘ zeichnet die Bundeszentrale für politische Bildung seit 2002 engagierte Bürgerinnen und Bürger aus, die das Zusammenwachsen von Ost und West zu ihrer Sache gemacht haben.“ So die eigene Definition ihres Wirkens. In diesem Jahr, anlässlich des Tages der deutschen Einheit in Bonn, konnte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg die Preisträgerinnen und Preisträger des Einheitspreises 2011 in der Kategorie „Kultur“ auszeichnen, darunter das „Lew Kopelew Forum“, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Fritz Pleitgen. Dieses Projekt zeige die grenzüberschreitende, europäische Dimension des Einheitspreises, so Uhlenberg in seiner Laudatio.

Foto: SI